

Friedhofskommission nicht gebildet

Vorwürfe an Maibach von SPD und BBB

(Bruchköbel/pm) In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) ist es bei der Beratung zu einer neuen Friedhofsgebührenordnung zur Auseinandersetzung zwischen Rosemarie Wenzel (SPD), Joachim Rechholz (BBB) und Bürgermeister Maibach gekommen, so SPD und BBB in einer gemeinsamen Pressemitteilung. Auf der Sitzung der Kommission für Friedhofsangelegenheiten am 7. Juli 2010 habe Maibach zugesagt, dass über die Änderungsvorschläge zur Friedhofsgebührenordnung auf der kommenden Sitzung gesprochen werden solle. Diese Gebührenordnung wurde nun vorgelegt. Allerdings ohne Beratung in der Kommission. Diese sei bis heute noch nicht einmal gebildet worden. Normalerweise werde nach jeder Kommunalwahl eine Friedhofskommission zur Vorbereitung grundlegender Entscheidungen zu den Friedhöfen der Stadt gebildet. Dort hinein werden sachkundige Bürger berufen, die die Planungen vorberaten sollen. Erst Ende 2011 wurde die Friedhofsordnung beschlossen und jetzt soll die Gebührenerhöhung für die Friedhöfe beschlossen werden. Im HFA antwortete Maibach auf die Frage, warum dies nicht

schon längst geschehen sei, sie werde doch in Kürze geschaffen. Die Stadtverordnete Rosi Wenzel (SPD) insistierte, dass bereits 2010 im Protokoll der damaligen Friedhofskommission festgehalten war, dass weitere Sitzungen erforderlich sind. Dennoch habe der Bürgermeister nach der Kommunalwahl 2011 keine neue Friedhofskommission eingerichtet. Als im Herbst 2011 sodann die Friedhofsordnung durch die Stadtverordneten beraten und am 13.12.2011 beschlossen wurde, hatten Stadtverordnete bereits darauf hingewiesen, dass auch für diese Friedhofsordnung die Beratung durch eine Kommission notwendig gewesen wäre. Dessen ungeachtet sei die Friedhofsordnung ohne Anhörung von sachkundigen Bürgern beschlossen worden. Wenn jetzt die Gebührenordnung der Friedhöfe neu beschlossen werde, sei eine danach erfolgende Bildung der Friedhofskommission sinnlos, da auf Jahre hin vermutlich nichts neu entschieden werde. Das könne man sich nun sparen, bis die Kommission wirklich wieder gebraucht werde, so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz. Rund zwei Jahre seien durch beharrliches Nichtstun des Bürgermeisters

verstrichen. Offensichtlich sei eine Beteiligung sachkundiger Bürger an den Entscheidungen zu den Friedhöfen vom Bürgermeister nicht gewollt. Dieses „Nichtstun“ sei leider kein Einzelfall. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde z.B. der „Präventionsrat“ zum Thema. Hier passiere seit 2008 nichts, obwohl insbesondere die SPD die Einrichtung mehrfach gefordert hat. Übrigens habe die Friedhofsgebührenordnung im HFA dennoch eine Mehrheit gefunden, die Erhöhung der Steuern nicht. Überdies sei es bezeichnend, dass der Bürgermeister wieder einmal ein teures Sachverständigenbüro mit der Ausarbeitung des Entwurfs für eine neue Friedhofsgebührensatzung beauftragt habe. Wozu werden im Rathaus Sachbearbeiter gut bezahlt, wenn solche Arbeiten durch Dritte erstellt werden? Allein für die Beratung durch Rechtsanwälte habe die Stadt einschließlich Beratung für die „Neue Mitte“ in den letzten zwei Jahren über 200.000.- Euro ausgegeben. Das könne man nur als Verschwendung bezeichnen. Es klinge zynisch, wenn vom Bürgermeister gleichzeitig behauptet werde, man sei im Begriff zu sparen und den Haushalt zu stabilisieren.